

Parteien sind gemeinschaftliche Selbstverwirklichung. Jedes Parteimitglied verwirklicht durch den Eintritt und das Ausharren in dem Verbund mehr oder weniger Gleichgesinnter sich selbst persönlich, sozial und politisch, jede Partei verschafft sich durch die Bildung und den Zusammenhalt einer Gemeinschaft „persönliche“, soziale und politische Bedeutung. Grundlage für die Einzelperson wie für die Partei ist neben einer mehr oder weniger ausgeprägten Gesinnung die Klärung der Vorstellungen von der erstrebenswerten Welt und der geeigneten Mittel der Annäherung. Die Art dieser Klärung offenbart den Fortschritt in der innerparteilichen Demokratie: Standen am Anfang der Parteigeschichte, die sich auch als Geburtsstunde des jeweiligen Gründungs- und Gründermythos beschreiben ließe, kurze Proklamationen der führenden Parteimitglieder, so sind zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts jahrelange Programmarbeit und die Abstimmung vieler Hundert Parteimitglieder die Regel für die Verkündung eines Programms. Alles andere würde als der Demokratie unangemessen und als ein unzeitgemäßes Vorgehen erachtet. Dem entsprechen die Ergebnisse: Das Programm, das die CDU auf ihrem 21. Parteitag in Hannover im Dezember 2007 beschlossen hat, zählt 28 271 Wörter oder – in der Sprache des Computerzeitalters ausgedrückt – 216 681 Zeichen einschließlich der Leerzeichen. Die CSU hat ihr Programm, das seit dem Parteitag in München im September 2007 gilt, aus

33 237 Wörtern und 250 279 Zeichen und Leerzeichen gestaltet. Der SPD reichten für ihr Hamburger Programm vom Oktober 2007 16 637 Wörter oder 127 442 Zeichen und Leerzeichen. Es ist leicht zu erkennen, dass nicht nur die Parteispitzen die ganze Fülle ihrer Vorstellungen und Forderungen ausgebreitet, sondern viele Parteimitglieder und fast alle Gliederungen ganze Gedankengänge oder zumindest einzelne Worte und Begriffe dazu beigetragen haben. Hätten nur die Parteivorsitzenden Merkel, Stoiber und Beck niedergeschrieben, was ihnen auf dem Herzen liegt (oder im Falle des damaligen CSU-Oberen: lag), so wären wohl jeweils 20 Seiten statt der 105 bei der CDU, der 182 bei der CSU und der 68 bei der SPD zusammengekommen.

Dass viele Worte die Aussage nicht nur genauer machen, sondern auch vernebeln können, und knappe Aussagen jedoch nicht weniger als geschwätzig in die Irre führen können, ist hinreichend bekannt. Aus ihrem Umfang ergibt sich bei weitem kein Urteil über die Güte der Parteiprogramme. Doch auch die Zusammenschau einzelner thematischer Punkte der jeweiligen Programme, wie sie zum Beispiel die CDU-Geschäftsstelle zu Händen der Parteitagsdelegierten in einer Art doppelter Buchführung unter dem Titel „Vergleich“ zwischen CDU- und SPD-Standpunkten ausgearbeitet hat, ist nur begrenzt hilfreich. Wen lediglich die Untersuchung der Inhaltsstoffe nach der Vorgehensweise der Stiftung Warentest beschäftigt, der findet im Internet schnell

eine solche Handreichung. Wer hingegen das Programm und damit einen Wesenszug der Partei selbst richtig bewerten will, muss das Schriftstück als Gesamtwerk er-messen und darf nichts aus dem Zusammenhange reißen. Denn diese Werke sind nicht nur voller Codewörter, in denen sich die Eigenart der Partei und die Weltsicht ihrer Mitglieder ausdrücken, sondern auch reich an salvatorischen Klauseln, die sicherstellen, dass die Eigenart sich nicht zu sehr von der von Freund und Feind sowie Neutralen empfundenen Wirklichkeit abhebt. Selbstverwirklichung ist eben nicht die Schaffung einer eigenen abgeschlossenen, den anderen verschlossenen Welt, sondern lediglich das Streben, mit der Welt, die allen gleichermaßen gewärtig ist, besser zurechtzukommen, als es die anderen vermeintlich vermögen.

Stilistischer Unterschied

Unter dieser Voraussetzung liegt der größte Unterschied zwischen dem Programm der CDU und jenem der SPD im Stil. Die CDU hat 369 Ziffern aufgelistet, was sich eigentlich mit nichts erklären lässt. 365 hätten es auch getan, ihr jedoch den Spott „Ganzjahresprogramm“ eingetragen. Die Beigaben zu diesen Ziffern – sie lassen sich als Themen, Gedanken, Wirkungsfelder nach dem Leitspruch „Alles hängt mit allem zusammen“, am treffendsten wohl jedoch einfach als Abschnitte bezeichnen, um dem Allerweltswort „Probleme“ aus dem Weg zu gehen – sind allerdings so vielfältig, dass eine zwingende Ordnung nicht auszumachen ist. Das wird nur dadurch ein wenig wiedergutmacht, dass die CDU den Nachweis erbracht hat, wie brauchbar die deutsche Sprache auch im heutigen Alltag ist und dass niemand Zuflucht zu Fremdwörtern, angestregten Begriffsbildungen oder Anglizismen nehmen muss, um das Notwendige zu beschreiben. Dies ist übrigens eine Stärke aller

Parteien und vieler Politiker, die von der Öffentlichkeit und von der veröffentlichten Meinung viel zu wenig als vorbildlich und als für Wissenschaftler und Publizisten nachahmenswert gewürdigt wird.

Im Unterschied, ja im Gegensatz zum CDU-Programm ist das Werk der SPD große Literatur. Es ist eine Mischung aus Essay, Novelle und anonymisierter Reportage wie aus den glorreichen Tagen des *Spiegel*, als außer dem Namen Augustein kein anderer einer eigenständigen Leistung zugeordnet werden durfte. Ein solches Meisterwerk entsteht weder als Aneinanderreihung all der Bausteine, welche die Kreisverbände dazugeliefert haben, noch als Ergebnis der Gruppendynamik in der Programmkommission. „Natur hat für uns Eigenwert, wir wollen von ihr lernen und ihre Kräfte für ein besseres Leben nutzen.“ Wer ersinnt solche Sätze – und solche Leerformeln?

Es muss jemand in der engsten Umgebung des Parteivorsitzenden und rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck sein – oder jemand aus dem intellektuellen Gestirn der SPD, über das diese Partei im Unterschied zu allen anderen deutschen Parteien von jeher, spätestens aber seit den Tagen Willy Brandts, unter den Namen Klaus Harpprecht, Günter Grass und Klaus Staeck verfügte, der einflussreich genug ist, dem Parteivorsitzenden die Feder zu führen. „Das ‚Hamburger Programm‘ widerlegt diejenigen, die glaubten, das Programm müsse zum Feind der Praxis werden – oder andersherum, die Regierungsverantwortung lasse nur einen reinen Pragmatismus zu“, heißt es im Vorwort, das Beck unterzeichnet hat. Und noch eleganter: „Aber es hebt den Blick auch immer wieder auf die großen, die grundlegenden Fragen unserer Zeit, vor allem auf die Entscheidungsfrage, ob das noch junge Jahrhundert Frieden und Wohlfahrt für alle Menschen bringt oder ob es in erbit-

terte Verteilungskämpfe und in entfesselte Gewalt mündet.“

Durchgehendes Stilmittel ist das unendlich oft gebrauchte „wir“, von dem allein feststeht, dass es kein majestätisches „ich“ ist. Aber alles andere ist offen. Sind damit die SPD-Mitglieder gemeint – oder wer sonst? Alle Bürger, das ganze Land, alle Menschen guten (sozialdemokratischen) Willens? „Das soziale Europa muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden“, ist in der „Einleitung“ zu lesen. Was heißt hier „unsere“ Antwort? Diese Aussage lässt sich nur rechtfertigen, wenn eine lange Wirkungskette als selbstverständlich angenommen wird: Die SPD einigt sich auf genaue Vorstellungen darüber, was das „soziale Europa“ ist, und dann wirkt sie auf die europäischen Schwesterparteien ein und erringt zugleich in Deutschland die Regierungsmacht, sodass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit ihre eigenen Vorstellungen allen anderen politischen Kräften in Europa, den Konservativen, den Liberalen mit deren eigenen Zielen und Begriffsbestimmungen darüber, was „sozial“ ist, zum Trotz zum europäischen Gemeingut erheben kann, um so die Globalisierung zu beantworten. Entweder ist das „wir“ höchst anmaßend, oder es gaukelt dem Leser eine Erfolgsgewissheit vor, die bestenfalls als Entschluss, einen Versuch zu wagen, bezeichnet werden kann. Drei Seiten weiter klingt das schon etwas anders: „Deshalb kämpfen wir für eine Politik, die im eigenen Land, in Europa und in der Welt eine soziale Antwort auf den globalen Kapitalismus formuliert.“ Hier steht „wir“ für die SPD.

„Wir erleben, dass Staaten verfallen, Brutstätten für Anarchie und Terrorismus entstehen, religiöse und politische Fundamentalisten die Welt willkürlich in Gut und Böse teilen.“ Das allerdings ist eine Menschheitserfahrung von Amerika über Afrika, Europa und Asien bis Australien: Sind wir nun alle Sozialdemokraten, und

ist dann das „wir“ in dem Satz „Wir dringen auf weitere, ehrgeizige Abkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen“ ebenfalls der Beleg für eine Forderung der gesamten Menschheit? Beliebiger, anmaßender, sogar intellektuell unsauberer kann das „wir“ in einem Parteiprogramm nicht gebraucht werden. Das ist ein zu hoher Preis für stilistische Flüssigkeit und für die Vermeidung des Zusatzes „Sozialdemokraten“ oder den stets zu wiederholenden Satzbau mit „die SPD“.

Fahrplanwälder vom Dichter

Bisweilen erinnert das Hamburger Programm an einen Fahrplanwälder, dessen Abfassung der Bahnvorstand einem Dichter anvertraut hätte: „Deshalb muss Europa mehr als ein Staatenverbund sein, es muss ein soziales und demokratisches Bündnis seiner Bürgerinnen und Bürger werden.“ Das ist eine Aneinanderreihung unbestimmter Begriffe. „Mehr als“, „Staatenverbund“, „soziales und demokratisches Bündnis“, „seiner Bürgerinnen und Bürger“ – nichts Handfestes, aber mit Wucht vorgetragen. Mehr als ein nicht näher bezeichneter „Staatenverbund“ wäre auch schon ein Staatenbund in klassischem Sinne. Und ist ein „Bündnis der Bürger“ mehr oder doch weniger als ein völkerrechtlich klar umrissener Bundesstaat? Und nicht zuletzt: Was bedeutet „seiner“ Bürger? Sind damit alle Europäer, also die Bewohner des geografischen Europas, gemeint, oder handelt es sich um jene, die in Europa im Sinne der heutigen und künftigen Europäischen Union leben? Kann ein so unbestimmt geformtes Europa überhaupt Bürger im Sinne rechtlich geschäftsfähiger Angehöriger haben, die ihrerseits ein „demokratisches Bündnis“, also eine in regelmäßigen Wahlen nach der Regel „Eine Person, eine Stimme“ begründete Gemeinschaft, bilden?

Es wäre aber voreilig, eine vermeintlich entsprechende Darlegung aus dem

Programm der CDU als vorbildlich heranzuziehen: „Im Rahmen der ihr von den Mitgliedsstaaten zugewiesenen Kompetenzen arbeitet die Europäische Union nach bundesstaatlichen Prinzipien und Methoden.“ Unter „bundesstaatlichen Prinzipien“ stellt sich die deutsche Leserschaft jedenfalls nicht vor, dass die Europäische Kommission genannte angebliche Bundesregierung nicht von den Bundesbürgern, sondern von den angeblichen Bundesländern ohne Rücksicht auf die Mehrheitsverhältnisse im gewählten angeblichen Bundesparlament in einer Art Allparteienkoalition nach landsmannschaftlichem Proporz besetzt wird. Der alte Spruch, dass sich Klarheit und Wahrheit gegenseitig bedingen, legt hier schlechte Noten für beide Parteien nahe.

Es gibt aber im Programm der SPD auch lange Abschnitte, die weniger Widerspruch hervorrufen. Der „Umbruch in Arbeitswelt und Gesellschaft“ wird treffend beschrieben: „Diese Veränderungen, nicht selten als Zwang erlebt, können Menschen überfordern und ängstigen. Viele fürchten, abgehängt, vernachlässigt oder gar vergessen zu werden, auch von der Politik.“ Oder: „Die Globalisierung mindert die Gestaltungsmöglichkeiten des demokratischen Nationalstaates. Gleichzeitig wachsen der Politik neue Aufgaben zu. Hierzu gehören der Klimaschutz, die soziale Integration von Millionen Menschen und der demografische Wandel.“ Doch dann stolpert die Partei über die intellektuelle Neigung, sich durchzumogeln. Auf den Satz: „Die große Aufgabe des einundzwanzigsten Jahrhunderts lautet, die Globalisierung durch demokratische Politik zu gestalten“ folgt nicht etwa „Wir stellen uns dieser Aufgabe“, sondern ein ebenso visionäres wie nichtssagendes „Wir richten den Blick nach vorn“. Und was sehen die Sozialdemokraten dort? Und welche Schlüsse ziehen sie daraus? Und was tun sie dann? Das ist mehr als der Unter-

schied zwischen Poetik und Selbstverpflichtung.

Gerechtigkeit und Gleichheit

Ist es erlaubt, ein Parteiprogramm beim Wort zu nehmen – oder geziemt es sich, die gute Absicht zu loben und es dabei bewenden zu lassen? Die Ausführungen der SPD zur Gerechtigkeit verdeutlichen die Zweifel. „Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen. Deswegen ist die soziale Demokratie notwendig.“ Das erinnert an die Sprache jener Agitprop-Kader, die zwar stets etwas forderten, aber letztlich selbst die Privilegierten im Lande waren. „Mehr Gleichheit“ in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht? Selbst wenn man daraus herauslesen will, dass die Einkommensunterschiede nicht eins zu tausend betragen sollen, besagt das Wörtchen „mehr“ nichts Handfestes hinsichtlich des Ausgleiches zwischen dem Vermögen der Aldi-Brüder und jenem einer Kassiererin bei Lidl oder hinsichtlich der Macht des Bundeskanzlers oder des Porsche-Mehrheitsgesellschafters einerseits und des Lehrers an einer Hauptschule andererseits. Kein Wunder, dass dieser unverbindliche Gedankengang der SPD in die Feststellung mündet, es sei „soziale Demokratie“ notwendig. Was ist „soziale Demokratie“ letztlich? Dass die Bürger trotz aller sozialen Unterschiede bei der Wahl eine gleichgewichtige Stimme haben? Das ist bereits Tatsache – und nicht erst „notwendig“ im Sinne einer bahnbrechenden Forderung. Oder heißt „soziale Demokratie“ die Mitbestimmung aller bei der „Verteilung“, also Zumessung der Einkommen, Vermögen und der Macht?

Es ist wohl kein Zufall, dass auf der nächsten Seite des SPD-Programms der Abschnitt „Demokratischer Sozialismus“

folgt. In den nicht einmal vierzehn dazugehörigen Zeilen jedoch ist kein einziges falsches Wort, keine Zweideutigkeit, keine Missverständlichkeit. Die Idee, welche die Geschichte der SPD prägte, „verlangt eine Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, also in sozialer und menschlicher Sicherheit führen können.“ Über die Bekräftigung des „demokratischen Sozialismus“ in der Zeit des Vorsitzenden Beck haben allerdings Liberale, Konservative, christliche Soziale und ebensolche Demokraten ihre Nase gerümpft, doch den programmatischen Kernsatz dazu könnten sie alle unterschreiben, denn eigentlich steht er auch im Grundgesetz, allerdings kürzer: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ – und daher auch aller politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.

Es wäre unangemessen und vermessend, achtunddreißig Seiten lange dazugehörige Forderungen und Versprechungen auch nur auf fünf Seiten zu raffen und sie nach den Maßstäben der inneren Verträglichkeit und der Wahrscheinlichkeit ihrer Verwirklichung zu beurteilen. Freunde und Feinde der SPD können gut mit und von diesem Programm leben, dessen Schwäche nicht etwa inhaltliche Bodenlosigkeit, sondern die sprachliche Poliertheit ist. Eigentlich sollten Warntafeln aufgestellt werden: Achtung, frisch gebohrt. Da mag der Boden noch so zeitbeständig, fugenfrei und eindrucksvoll gemustert verlegt worden sein, bei zu viel Wachs rutschen die Hausleute wie die Besucher leicht darauf aus.

Die Gefahr ist für jene geringer, die auf dem Boden des CDU-Programms stehen und so vorankommen wollen. Die Punk-

tation scheint Halt zu geben. Doch der Schein trügt, auch wenn er die Verfasser und die Parteitagsdelegierten geblendet haben mag. Punkt 94: „Durch ein freies, gerechtes und leistungsfähiges Bildungswesen werden wir jene Werte weitergeben und bewahren können, auf denen Wohlstand und Sicherheit gründen. Um unsere moralischen und ökonomischen Werte zu vermitteln, ist Bildung von strategischer Bedeutung.“ Was ist das für ein wunderbares Bildungswesen? Was es angeblich leistet, deutet darauf hin, dass es nicht auf Krippe, Kindergarten, Schule, Hochschule und Volkshochschule einschließlich der Bundeswehr, aber auch die Parteien, also die staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, beschränkt ist, sondern Eltern, Kirchen, Medien, Vereine sowie Betriebe und nicht zuletzt die persönliche Lektüre bis hin zum Bildungsurlaub mit einbezogen sind. Andernfalls kann das „Bildungswesen“ das Behauptete niemals sicherstellen. „Wir wollen das Lernen in und mit der Praxis aufwerten und den Bildungsbegriff so erweitern, dass er den bewahrenswerten Idealen wie auch den neuen Notwendigkeiten gerecht wird.“ Solche Lyrik passt nicht zu der sachlich wirkenden durchnummerierten Liste und hilft weder den gewöhnlichen Mitgliedern noch den Mandatsträgern der Partei und ist erst recht in keiner Weise einzufordern oder nachzuprüfen.

Fallstricke der Begriffe

Auch ein in Stein gemeißelter Satz hat seine Tücken. „Familien brauchen Entlastung und eine unterstützende Infrastruktur.“ Entlastung heißt, dass die Sache im Grunde genommen eine Last ist. Doch eine Last zu übernehmen, gar zu erzeugen in der Hoffnung auf Entlastung ist sinnwidrig – und eine merkwürdige Botschaft an all jene jungen Leute, ob Alleinstehende oder Paare, von denen die Zahl der Familiengründungen abhängt.

Nicht weniger fragwürdig ist der Satz: „Wer von anderen etwas fordert oder ihnen etwas zutraut, was sie leisten können, handelt sozial.“ Solche allenfalls selbstgefälligen Spielereien mit feststehenden Begriffen wie „sozial“ untergraben einerseits den an anderer Stelle des Programms durchaus in klassischer Art gebrauchten Sinn des Wortes, das mehr besagt als schiere Zwischenmenschlichkeit, und verkehren die Verhältnisse unter den beteiligten Personen. Ein Lehrer, der von einem Schüler die Lösung einer Aufgabe einfordert, wird dadurch nicht zum Sozialarbeiter. Und es ist kein sozialer Akt, wenn der Trainer jemandem den Aufschwung am Reck zutraut. Wenn überhaupt, dann wäre „soziales Handeln“ eine nachsichtige, zumindest faire Notengebung für die erbrachte Leistung oder das aufmunternde Wort beim Versagen am Reck. Die hier zitierte Aussage ist auch nicht vergleichbar mit dem von Angela Merkel und Edmund Stoiber oft gebrauchten Satz: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ Denn diese Behauptung gründet auf der Selbstverständlichkeit, dass nicht die Einführung eines Arbeitsdienstes oder die Durchsetzung von Zwangsarbeit sozial ist, sondern das Schaffen von Arbeitsplätzen, an denen die geleistete Arbeit sowohl der Produktivität als auch der Menschenwürde angemessen entlohnt wird. Die Schaffung von einseitig ausbeuterischer Arbeit würde hingegen niemand als sozial bezeichnen, obwohl die Tätigkeit selbst durchschnittlich kraftvollen Leuten durchaus „zuzutrauen“ ist.

Wie klein der größtmögliche gemeinsame Nenner in der Volkspartei CDU in Wirklichkeit ist, zeigt sich an vielen Stellen des Programms. Um eines herauszugreifen eignet sich der Punkt 117. „Die CDU bekennt sich zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Chancen und Risiken der Forschung sind gewissenhaft abzuwägen. Die Freiheit der Forschung findet ihre Grenzen dort, wo die unan-

astbare Würde des Menschen verletzt oder die Schöpfung gefährdet ist.“ Es lässt sich gut begründen, warum sich eine Partei zur Wissenschaftsfreiheit lediglich „bekennt“, statt sie etwa zu „verteidigen“. Allzu zurückhaltend klingt jedoch der Aufruf (oder ist es bloß eine Feststellung?), dass die Risiken „gewissenhaft abzuwägen“ seien. Da unerwähnt bleibt, um wessen Gewissen es geht, ist wohl jenes der Forscher gemeint. Das ist zwar folgerichtig angesichts des Bekenntnisses zur Forschungsfreiheit, doch für eine Partei ziemlich unpolitisch angesichts der möglichen Tragweite der Risiken. Der Bundestag überlässt die Technikfolgenabschätzung jedenfalls nicht dem Gewissen einzelner Forscher, die hin- und hergerissen sein mögen zwischen dem Streben nach Ruhm und materiellem Gewinn einerseits und dem Eingeständnis der Gefährlichkeit ihres Tuns andererseits. Da hätte auch die CDU eine Formel finden können, dass sie bei der Einschätzung der Risiken behilflich ist, um symbolisch das Vier-Augen-Prinzip – hie die Forscher, hie die Gesellschaft – zu stärken.

Freiheit versus Menschenwürde

Der programmatische Verzicht der CDU auf eine erklärte starke Mitwirkung entpuppt sich anhand des darauffolgenden Satzes als innerparteiliche Taktik. „Die Freiheit der Forschung findet ihre Grenzen dort, wo die unantastbare Würde des Menschen verletzt oder die Schöpfung gefährdet ist.“ Der Parteitag in Hannover hatte sich mit einem einschlägigen Thema zu beschäftigen: der Frage der Verschiebung des Stichtages für die Einfuhr embryonaler Stammzelllinien. Niemand bestreitet, dass solche Linien unter Missachtung der deutschen Maßstäbe für die Würde des Menschen hergestellt werden und dass ihre Herstellung deshalb in Deutschland verboten ist. Dennoch hat sich der Parteitag auf Wunsch der Parteivorsitzenden mit knapper, aber

eindeutiger Mehrheit für die Verschiebung des bisher geltenden Stichtages entschieden – und damit die gleichzeitig beschlossene programmatische Selbstverpflichtung verletzt oder aber die weite Auslegbarkeit ihrer Programmaussagen bloßgestellt. An dieser Stelle ist auf einen wesentlichen Unterschied im Gebrauch derselben Sprache im Grundgesetz und in einem Parteiprogramm hinzuweisen: Das Grundgesetz setzt Erwartungen und Verpflichtungen an andere, an die Staatsorgane und an die Bürger, es handelt jedoch nicht selbst; ein Parteiprogramm ist hingegen das Versprechen von Handelnden, dieses oder jenes zu erreichen, falls sie den Auftrag dazu bekommen.

Unterscheidungsmerkmale

Der gelungenste Teil des CDU-Programms sind die zwölf Seiten „Aktive Bürger, starker Staat, weltoffenes Land“. Der Leser meint manchmal, den Sprachgebrauch dieses oder jenes Bundesministers oder einzelner Ministerpräsidenten, also der wirkungsmächtigsten CDU-Politiker, wiederzufinden. Freilich hätten die Punkte 275 und 276 an den Anfang des Programms gehört zur Klärung dessen, wofür der ganze Aufwand einer Partei getrieben wird. Es geht darum, den Staat zu stärken, denn „unser Staat dient der Würde und Freiheit des Menschen“. Der Hinweis der CDU auf die „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ ist eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zwischen dem christlich-demokratischen und dem sozialdemokratischen Programm.

Doch auch hier bleiben viele Aussagen inhaltlich schwammig und lassen nicht nur den Deutungen, sondern auch den Verwendungen jeden beliebigen Raum. „Damit sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren kann, darf er weder mit Anforderungen überfrachtet werden noch solche Aufgaben behalten oder an sich ziehen, deren Übernahme den

Grundsätzen der Eigenverantwortung, Freiheit und Subsidiarität widerspricht.“ Das ist nicht nur vieldeutig und Anlass für Streitereien über die Deutungshoheit, sondern führt auch zu solch absurden Behauptungen, dass „im Zuge der fortschreitenden Europäisierung und Globalisierung die selbst verwalteten Kommunen der wichtigste Bezugs- und Ankerpunkt unserer Gesellschaft“ seien. Da haben entweder die Kommunalpolitiker der CDU oder aber die Bevölkerung etwas falsch verstanden. Denn die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen im Vergleich zu der an den Bundestagswahlen belegt, dass die Bürger gerade wegen der Europäisierung und der Globalisierung die Bundesrepublik Deutschland und nicht Darmstadt für den wichtigeren Bezugspunkt halten.

Die eine oder andere Formulierung lässt noch nicht erkennen, ob sie nur gut klingen soll oder ob sie den Keim einer politischen Wende birgt. Zum Beispiel der Satz: „Wir wollen einen starken, aber schlanken Staat.“ Zu Ende gedacht, geht das in Richtung eines – selbstredend „zeitgemäßen“ – Obrigkeitsstaates. Ein Bürgerstaat im Sinne eines Dienstleistungsstaates mit Kunden als Königen, pardon: Souveränen, kann nicht stark und schlank zugleich sein, ein Verwaltungs- und Sicherheitsstaat aber schon, wenn er seinen Mitarbeitern weitgehende Entscheidungsbefugnisse gibt und das Mitsprache- und Beschwerderecht begrenzt. Da wird die CDU entweder auf die forsche Aussage verzichten müssen – oder die Leser können sich an die Vermutung klammern: „So wird es schon nicht kommen.“

Tatsächlich lohnt es sich nicht, die beiden Parteiprogramme für bare Münze zu nehmen. Weder auf die Senkung der Treibhausgase bis zum Jahre 2020 um dreißig Prozent (CDU-Version) noch auf eine Halbierung bis 2050 (SPD-Version) können sich die Parteimitglieder oder

gar die Bürger verlassen. Verbindlich sind diese Programme nur im Moment der Beschlussfassung, doch jede Parlamentsfraktion, und sollte sie über die absolute Mehrheit verfügen, wie auch jede Regierung, und sei sie nur von einer einzigen Partei getragen (in Koalitionszeiten gelten sowieso andere Vereinbarungen), behandelt die Parteiprogramme, wie die heutigen Theaterregisseure die Urtexte von Shakespeare oder Goethe behandeln: rosinenpickerisch nach Gutdünken. Ganz abgesehen davon, dass bei der „Geltungsdauer“ solcher Programme von etwa ein- einhalb Jahrzehnten sowieso niemand weiß, wie die politischen Umstände auch nur in fünf oder zehn Jahren sein werden. Eines aber kann auch die umfangreichste Untersuchung nicht leisten: die Frage zu

beantworten, ob das gerade beschlossene Programm dem von der CDU gleichzeitig erhobenen Anspruch genügt, „die Mitte“ zu sein. Da es keine verbindliche Definition der Mitte in einer Gesellschaft, in einem Staat und schon gar nicht in Deutschland gibt, kann auch der Grad der Übereinstimmung nicht ermessen werden. Sagen lässt sich allenfalls: So also stellt sich die CDU die Mitte vor – voller Undeutlichkeiten und mancher Ungereimtheiten. Parteiprogramme sind eben die kollektive Ausgabe der sonst sehr persönlichen Ansätze zur Selbstverwirklichung: Ich bin schön, ich bin klug, also werde ich reich werden, vorteilhaft heiraten, gleichzeitig ein Haus bauen und viel reisen, vor allem glücklich sein – ihr werdet schon sehen, wie weit ich es bringen werde.

Im März wird sich *Die Politische Meinung* mit dem Schwerpunkt

„Grundlegungen und Herausforderungen der Demokratie in Deutschland“

auseinandersetzen.

Die geplanten Beiträge behandeln neben den Wertvoraussetzungen der Demokratie, den leitenden Intentionen des Grundgesetzes und den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, die Herausforderungen der deutschen Demokratie durch den internationalen Terrorismus und durch die Medien.

Weitere Themen befassen sich mit den europäischen Integrationserfahrungen, der Außenhandelsstrategie der Europäischen Union sowie ihre bilateralen Handelsabkommen.